

N i e d e r s c h r i f t
über die 12. - öffentliche - Sitzung
des Unterausschusses „Medien“
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
am 22. Mai 2024
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3987
Verfahrensfragen..... 4

2. a) **Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch wirksame Reformen erhöhen**
Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4255

b) **Für eine bessere Versorgung mit Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - niedersächsische Interessen im NDR wahren!**
Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4256
Verfahrensfragen..... 5

3. a) **Besuch der gamescom in Köln**
b) **Parlamentarische Informationsreise nach England und Irland im Jahr 2025**
Besprechung zu a)..... 6
Besprechung zu b) 6

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Eike Holsten (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Marten Gäde (in Vertretung des Abg. Stefan Klein) (SPD)
4. Abg. Kirsikka Lansmann (SPD)
5. Abg. Claudia Schüßler (SPD)
6. Abg. Dennis True (SPD)
7. Abg. Tim Julian Wook (SPD)
8. Abg. Jens Nacke (CDU)
9. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
10. Abg. Colette Thiemann (CDU)
11. Abg. Thomas Uhlen (CDU)
12. Abg. Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)
13. Abg. Eva Viehoff (GRÜNE)
14. Abg. Jens-Christoph Brockmann (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Diedrich.

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 15.31 Uhr bis 15.52 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Unterausschuss** billigt die Niederschrift über die 11. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/3987

erste Beratung: 38. Plenarsitzung am 18.04.2024

federführend: AfRuV

vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAMedien

Verfahrensfragen

Abg. **Dennis True** (SPD) schlägt vor, die Landesregierung um eine Unterrichtung zum aktuellen Sachstand speziell vor dem Hintergrund der europäischen Regelungen durch den Digital Services Act zu bitten. Als Termin nimmt er die erste Sitzung nach der Sommerpause des Parlaments in Aussicht.

Abg. **Jens Nacke** (CDU) unterstützt den Vorschlag.

Der **Unterausschuss** beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung in der für den 7. August 2024 vorgesehenen Sitzung zu bitten.

Tagesordnungspunkt 2:

a) **Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch wirksame Reformen erhöhen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4255

b) **Für eine bessere Versorgung mit Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks - niedersächsische Interessen im NDR wahren!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/4256

Zu a) erste Beratung: 41. Plenarsitzung am 17.05.2024

AfRuV, vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAMedien

Zu b) erste Beratung: 41. Plenarsitzung am 17.05.2024

AfRuV, vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAMedien

Verfahrensfragen

Abg. **Jens Nacke** (CDU) schlägt vor, zunächst die Landesregierung um eine Unterrichtung zum aktuellen Sachstand in der nächsten Sitzung des Unterausschusses zu bitten. Wünschenswert wäre es, wenn der Chef der Staatskanzlei selbst die Zeit finden könne, die Unterrichtung vorzunehmen. Dies entscheide aber selbstverständlich die Landesregierung in eigener Zuständigkeit.

Der Abgeordnete fügt hinzu, ferner wäre es sinnvoll, in einem zweiten Schritt eine Anhörung durchzuführen, um mit den Verantwortlichen beim NDR und anderen Beteiligten ins Gespräch zu kommen. Diese solle möglichst zeitnah nach der Sommerpause stattfinden, um die Beratung vor der Fortsetzung der Debatte zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Rundfunkkommission der Länder abschließen zu können. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, im Unterausschuss ausführlich über die Fragen, wohin der NDR gehen solle und was Niedersachsen vom NDR erwarte, zu diskutieren.

Abg. **Kirsikka Lansmann** (SPD) stimmt dem Vorschlag, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten, zu. Wann diese erfolgen könne, müsse jedoch die Landesregierung entscheiden. Über eine Anhörung könne der Unterausschuss dann gegebenenfalls im Nachgang der Unterrichtung beschließen.

Abg. **Detlev Schulz-Hendel** (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an.

RD **Neumüller** (StK) erklärt im Namen der Landesregierung, den Unterausschuss in dessen nächsten Sitzung unterrichten zu können.

Der **Unterausschuss** beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung in der für den 12. Juni 2024 vorgesehenen Sitzung zu bitten.

Tagesordnungspunkt 3:

a) **Besuch der gamescom in Köln**

b) **Parlamentarische Informationsreise nach England und Irland im Jahr 2025**

Besprechung zu a)

ROAR **Diedrich** (LTVerw) informiert den Unterausschuss darüber, dass das Programm für den Besuch der gamescom seitens des „game - Verband der deutschen Games-Branche“ erst Anfang Juni vorgelegt werde. Mit Blick auf die rechtzeitige Buchung der An- und Abfahrt der Abgeordneten sei es gegebenenfalls sinnvoll, sich bei der Reiseplanung am Zeitplan des Besuchs des Unterausschusses bei der gamescom 2022 zu orientieren. Damals seien die Unterausschussmitglieder am ersten Tag um 12 Uhr zu einem Rundgang auf dem Messegelände gewesen und hätten am Abend an der politischen Eröffnungsveranstaltung teilgenommen. Die Abreise am Folgetag sei ab etwa 12 Uhr erfolgt. Da das Hotel etwa eine halbe Stunde Fahrt vom Messegelände entfernt sei, sei es gegebenenfalls ratsam, einen Shuttleservice zwischen beiden Destinationen einzurichten.

Die **Unterausschussmitglieder** einigen sich darauf, die Vorlage des Programms für den Besuch der gamescom abzuwarten und die Details zu An- und Abreise unter den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen am Rande des Juni-Plenums zu besprechen.

Besprechung zu b)

Die Unterausschussmitglieder sprechen über den Termin für die Parlamentarische Informationsreise nach England und Irland.

Die **Unterausschuss** nimmt in Aussicht, die Reise in der 12. Kalenderwoche 2025 anzutreten.
